

Kritik am Besetzungsverhalten der HRK in den Akkreditierungsrat

GeoDACH, die Vertretung Deutschsprachiger Geographiestudierender schließt sich folgender Resolution der Zusammenkunft aller deutschsprachigen Physikfachschaften (ZaPF) an:

„Die „Zusammenkunft aller deutschsprachigen Physikfachschaften“ verurteilt die Entscheidung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), den vom Poolvernetzungstreffen gewählten studentischen Vertreter nicht in den Akkreditierungsrat zu entsenden.

*Der Akkreditierungsrat ist die höchste Instanz der Akkreditierung in Deutschland, in dem die Studierenden nach dem „Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland““ (§7 (2)) eine vertretene Statusgruppe darstellen. Der studentische Akkreditierungspool wird getragen von den Landeszusammenschlüssen der Studierendenschaften, den Bundesfachschaftentagungen und dem freien Zusammenschluss von student*innenschaften. Eine Wahl durch sein oberstes beschlussfassendes Organ (Poolvernetzungstreffen) stellt damit die höchstmögliche demokratische Legitimation von studentischen Vertreter*innen im Akkreditierungsrat dar.*

Vor diesem Hintergrund kritisiert die ZaPF das folgende Verhalten der HRK:

- 1. Die HRK lehnte den Vorschlag des Poolvernetzungstreffens für einen studentischen Vertreter ab.*
- 2. Sie begründete ihre Entscheidung zur Ablehnung nicht.*
- 3. Sie fragte ohne Rücksprache mit dem studentischen Akkreditierungspool einen eigenen studentischen Kandidaten an, der somit nicht von der Statusgruppe demokratisch legitimiert ist.*
- 4. Sie reagiert nicht auf wiederholte Versuche einer Kontaktaufnahme seitens des Koordinierungsausschusses des studentischen Akkreditierungspools.*

*In der Vergangenheit wurden bereits zwei weitere Vorschläge des Poolvernetzungstreffens für studentische Vertreter*innen abgelehnt. Auch wenn die HRK das Recht zur Benennung innehat, befinden wir das wiederholte Ablehnen von den durch ihre Statusgruppe gewählten Kandidat*innen als undemokratisch.*

Die Punkte 2. bis 4. wirken erschwerend. Wir kritisieren, dass dadurch die Mitbestimmung aller Statusgruppen untergraben und ihre Zusammenarbeit massiv erschwert wird.

*Die ZaPF fordert die HRK auf, die von Studierenden selbst auf demokratischem Wege bestimmten studentischen Vertreter*innen zu benennen und zu einer konstruktiven und kommunikativen Zusammenarbeit zurückzukehren.“*